

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Dresdner Druck-Verlags-Gesellschaft, 22 541  
Rue des Marchands: Nr. 20011  
Schiffbauung u. Holzgeschäft: Nr. 20011  
Verben - N. 1, Wartenburg 24/28

Abdruckgebühr bei täglich zweimaliger Stellung monatlich 2,50 RM. (einmalig 1,50 RM. für Einzelhefte), durch Verleger 2,50 RM. einschließlich 10 Pfg. Verleger (ohne Postgebühren) bei 1 mal wöchentlichem Abdruck. Einzelnummern 10 Pfg., außerhalb Sachsend 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die erste Spalte 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg. abg. Anzeigenblätter 12. Kart., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offiziengebühr 20 Pfg. Nachträgliche Nachträge gegen Vorauszahlung.

Preis u. Verlag: Dietrich & Reichardt, Dresden, Wilsdorf-Str. 1068  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unterdrückung Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Die Kanzlerreise zum Reichspräsidenten

### Am Notverordnung und Kabinettsumbildung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Mai. Die Reise, die der Reichskanzler Brüning voraussichtlich gegen Ende der Woche nach Neudorf zum Reichspräsidenten unternimmt, dürfte, wenn nicht alles täuscht, für den Reichskanzler ein schwerer Gang werden. Aus Zentrumskreisen verlautet, daß Dr. Brüning keinesfalls seinen Namen unter die neue Notverordnung setzen werde, wenn er sich nicht vorher bindend des Vertrauens des Reichspräsidenten erneut versichert habe und wenn der Reichspräsident sich nicht mit den Vorschlägen, die Dr. Brüning zur Wiedervervollständigung seines Kabinetts mit nach Ostpreußen nehmen wird, einverstanden erklären sollte. Es hat also den Anschein, als ob der Reichskanzler wieder einmal die Stunde für gekommen hält, dem Reichspräsidenten von Hindenburg gegenüber gemüßwillig die Vertrauensfrage zu stellen. Bisher ist es Dr. Brüning noch immer bei solchen Gelegenheiten gelungen, beim Reichspräsidenten die ausgetretenen Kräfte der Reichspräsidentenstellung zurückzuführen. Diesmal ist die Sache für ihn aber besonders ernst, weil einmal die Neubestellung des Reichswehrministeriums eine heikle Frage ist, und weil zum andern, wie aus Kreisen der Umgebung des Reichspräsidenten verlautet,

Auch in Rücksicht auf die ungesicherten und, wie es scheint, zunächst festgefahrener Verhältnisse bei der Regierungsbildung in Preußen glaubt man, den Kurswechsel im Reich beschleunigen zu sollen, weil man sich Rückwirkungen auf die preussische Regierungsbildung davon verspricht. Unter dem Druck dieser Entwicklung, die in unterschiedlichen Kreisen lebhaft besprochen wird, hat sich die SPD. neuerdings zur rückhaltlosen Tolerierung des Brüning-Kabinetts entschlossen. Ein Beispiel für diese Haltung war die Sitzung des Haußhalt-Ausschusses am Montagabend, wo die ganze zwiespältige Haltung der Sozialdemokratischen Partei in Erscheinung trat. Erklärte doch der Vertreter der SPD., daß man zwar gegen die Notverordnungen sei, aber keine Schwierigkeiten machen wolle, weil sonst die „höfen Nationalsozialisten“ aus Ruder kommen könnten.

### Lausanne vor der Tür

In einem Monat ist das Hoover-Jahr abgelaufen. Ohne Zweifel war es als Übergangs- und Vorbereitungszeit für eine endgültige Lösung der Tributfrage gedacht, ist aber von seiner Seite dazu benutzt worden. Sogar die Lausanner Konferenz ist bis zur Stunde noch durchaus in Frage gestellt, weil die Franzosen durch die Parlamentarismen, wohl die bequeme Möglichkeit der Verschleppung haben, von der sie sich eine weitere Schwächung Deutschlands versprechen. Selbst wenn alles noch leidlich gut geht, ist dann für die neue Tributkonferenz ein so knapper Zeitraum, daß die Franzosen erklären können, es lasse sich eine Endregelung nicht mehr erzielen, man müsse sich mit einer Zwischenlösung begnügen. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas hat bereits einen Versuchsballon losgelassen, dem man besonderes Gewicht dadurch zu verleihen versucht, daß man ihm nachsagte, er spiegelt auch die Meinung der Hoover-Tributbank wider. Danach sollen sich die Lösungsmöglichkeiten der Lausanner Konferenz auf ein vorläufiges „Abhilfeprogramm“ beschränken. Der erste Punkt ist natürlich ein Moratorium sämtlicher politischer Schulden, das heißt der Tribute und der interalliierten Schulden, also eine Verlängerung des Hoover-Jahres. Damit wären der Youngplan und die Tribute im Prinzip gerettet. Eine Neuregelung beabsichtigen die Franzosen dann, wenn man wieder von einer Verringerung der Wirtschaftslage sprechen könne. Diejenige Verringerung, die sich selbstverständlich das schon oft gedehnte Gedanken gegenüber, daß die Tribute und die Schulden ja den internationalen Kredit und damit den weltwirtschaftlichen Witteraustausch erst zerstört haben. Nur endgültige Erleichterung, nicht Moratorium und spätere „Neuregelung“ können den gegenwärtigen Zustand der Ungewißheit, der Deutschland und die von der Weltkriege erlittenen anderen Nationen immer weiter auf der abschüssigen Bahn herabtreiben, beenden. Jede neue Neuherung aus Frankreich aber beweist, daß man dort an eine wirkliche Lösung nicht zu denken gewillt ist. Sogar das Moratorium, das und nur weiteren Schaden bringen muß, sollen wir noch durch besondere Entgegenkommen bezahlen. Der Vorschlag, den Frankreich hier macht, ist gleich verurteilt. Es meint nämlich, daß ein Teil der amerikanischen Einwände dadurch gestreut werden könnte und darüber hinaus eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden würde, wenn die an der Lausanner Konferenz beteiligten Mächte von sich aus und ohne das Ende der Abrüstungskonferenz abzuwarten, beschließen würden, freiwillig ihre Militärausgaben einzuschränken. Natürlich ist Frankreich nun nicht etwa abrüstungsfreudig geworden. Vielmehr möchte es die ihm allmählich lästig werdenden Forderungen auf allgemeine Abrüstung ein für allemal erledigen, ohne seiner eigenen kostbaren „Sicherheit“ zu schaden. Es würde nämlich durch die Annahme seines Vorschlags erreichen, daß Deutschland, obwohl bereits abgerüstet, dieselbe Quote von vielleicht 10 Prozent an seinem bescheidenen Reichswehretat freisetzen müßte, wie die stark gerüsteten Staaten. Unsere Wehrmacht wäre damit auch als Grenzsicherung gegen Polen völlig bedeutungslos geworden.

### Neuaufstellung der Arbeitslosenliste

Berlin, 23. Mai. Wie in politischen Kreisen verlautet, denkt die Reichsregierung daran, die Aufwendungen der Gemeinden für die Arbeitslosenzahlungen fest zu begrenzen. Als limitierter Gemeindefinanzposten für die Erwerbslosigkeit werde eine Summe von 680 Millionen Mark genannt. Die feste Begrenzung des Gemeindefinanzpostens auf die genannte Summe habe eine völlige Kenderung der Arbeitslosenliste zur Folge. Die Regierung plane, eine gewisse Sperre bei der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge dadurch vorzunehmen, daß die Arbeitslosenliste erheblich verkürzt werde. Dadurch würde in der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge für die nächste Zeit nicht nur kein Zugang, sondern sogar ein Abgang erfolgen, der bis Ende des Jahres auf etwa 200 000 bis 300 000 Erwerbslose beschränkt werde. Sollte dieser Plan der Reichsregierung verwirklicht werden, so würde künftig der Schwerpunkt der Arbeitslosenfürsorge auf der Arbeitslosenliste liegen.

### Das Reichspräsidentenpalais auch nicht mehr mit der Belbehaltung Groenens als Reichsinnenminister recht einverstanden ist.

Die von Brüning ins Auge gefasste politische Reorganisation des Reichswehrministeriums durch Befetzung dieses wichtigen Amtes mit einem hohen aktiven Offizier, der in der Politik noch führender Rolle gespielt hat, aber auch, wie man hofft, als früherer Wehrkreis-Commandeur von Ostpreußen bei Hindenburg nicht auf Widerstand stoßen wird — es handelt sich um den letzten Reichswehr-Commandeur von Berlin, General Dasse —, ist nicht nach dem Geschmack derjenigen einflussreichen Kreise, die der Ueberzeugung sind, daß die innerpolitische Krise nicht mit kleinen taktischen und personellen Winkeln der Lösung entgegengeführt werden könne. Von dem Vortage, den der Reichskanzler Hindenburg halten wird, hängt also außerordentlich viel ab.

Es hat den Anschein, als ob die Kursänderung in der Reichsregierung ganz besonders unter dem Druck der vernichtenden Kritik, die die neue Notverordnung noch vor ihrem Erscheinen auslöst, sogar noch vor der Lausanner Konferenz ernsthaft erwogen wird.

## Interessantes französisches Geständnis

### Auch Deutschlands Verteidigung sollte zerstört werden - Die Antiabrüstungs-Ausschüsse

Genf, 23. Mai. Im Parneauschuss der Abrüstungskonferenz kam es am Montag bei der Beratung über die Donaumonitore zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Der Vertreter Ungarns begründete seinen Antrag, die Donaumonitore auf der Donau von einer gewissen Größe als Angriffswaffen zu erklären, mit dem Vertrag von Trianon in gleicher Weise, wie Deutschland, das auf Grund des Versailler Vertrages die Abkündigung der Angriffswaffen fordert. Dagegen gab der französische Vertreter Dumont eine Erklärung ab, daß der Vertrag von Trianon ebenso wie der von Versailles ein zusammenhängendes und untrennbares Ganzes darstelle. Wenn es sich bei der Erwähnung dieses Vertrages schon um eine politische Frage handele, die nichts mit den Verhandlungen des Parneauschusses zu tun habe, so wäre es erst recht unzulässig, einzelne Artikel aus diesem Vertrag auszuführen zur Begründung von Anträgen technischen Charakters. Es sei außerdem völlig abwegig, zu behaupten, diese Verträge hätten Deutschland und Ungarn lediglich Angriffswaffen nehmen wollen.

und die Festlegung der einzelnen Flugzeugarten im Hinblick auf ihre militärische Wirksamkeit ein. Der Vertreter der deutschen Abordnung, Ministerialdirektor Brandenburg, der in die beiden Unterausschüsse hineingewählt wurde, lehnte die Teilnahme ab mit der Begründung, daß Deutschland die völlige Abschaffung der gesamten Militärindustrie fordere und daher Beratungen über die Angriffsfähigkeit einzelner Luftfahrzeugarten für vollständig überflüssig halte.

Die völlige Ergebnislosigkeit und Sinnlosigkeit der Verhandlungen der technischen Ausschüsse zeigt sich deutlich in einer Entschließung des Veresausschusses, mit der die Beratungen über die Bestimmung des Angriffscharakters der Geschütze ausgeschlossen wurden. Die Entschließung stellt lediglich fest, daß man sich über die Bestimmung der Geschütze, die als Angriffswaffen anzusehen sind, nicht geeinigt hat. Die Entschließung enthält lediglich eine Aufzählung der verschiedenen Auffassungen und bringt zum Ausdruck,

daß eine Reihe von Staaten unter der Führung von Frankreich jeder Bestimmung der Angriffswaffen und jeder Festlegung der Geschützkategorie mit Angriffscharakter ausweicht.

Es ist versucht worden, den Angriffscharakter der Geschützkategorie möglichst hoch festzusetzen, so daß man fast die gesamte schwere Artillerie nicht als Angriffswaffe, sondern als Verteidigungsmittel bezeichnen.

Die deutsche Abordnung hat gemeinsam mit den übrigen abgerüsteten Staaten, der Türkei und Sowjetrußland mit großem Nachdruck darauf gedrungen, entsprechend dem Versailler Vertrag den Angriffscharakter der gesamten schweren Artillerie festzusetzen. In jedoch mit ihrer Auffassung nicht durchgedrungen. Eine andere Staatsgruppe, England, Italien, Holland, Schweden und eine Reihe kleinerer Staaten, versuchte, eine Mittellinie zu finden.

### Notverordnungsetat in Bessen

Darmstadt, 23. Mai. Die Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl hat die hessische Regierung veranlaßt, durch Notgesetz die erforderlichen einkreisrechtlichen Grundlagen für die Führung der Staatsgeschäfte zu schaffen.

Im Gegenteil habe man Deutschland auch einen Teil seiner reinen Verteidigungsmittel nehmen wollen, denn jedermann wisse, daß z. B. die Rheinlegionen geschleift wurden, die doch ausschließlich zur Verteidigungszwecken dienen könnten.

Der deutsche Vertreter, Admiral von Friedberg, stellte demgegenüber fest, daß der Versailler Vertrag eine ganze Reihe von technischen Artikeln enthielte. Es sei für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz außerordentlich wichtig und unumgänglich, bei jeder Gelegenheit auf die Artikel des Versailler Vertrages mit technischem Inhalt Bezug zu nehmen und sie als Vorbilder hinzustellen. Er nehme mit Interesse von der Erklärung des französischen Vertreters Kenntnis, daß der Versailler Vertrag Deutschland nicht nur die Angriffsmittel, sondern auch Waffen mit reinem Verteidigungscharakter genommen habe.

Im Luftfahrtausch ist die von Deutschland geforderte Bestimmung aller Abwehrmittel aus der Luft als reine Angriffswaffen auf französischen Antrag hin mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden.

Der Luftfahrtausch setzte nach der hier üblichen Methode zwei Unterausschüsse für die Flugzeugmutterkategorie

Table with 2 columns: Item, Price. Includes items like Papier, Briefe, etc.